

Demokratie im Westjordanland und im Gazastreifen - Viel mehr als Wahlen

Dr. Yara Hawari, rosalexemburg.ps, Dezember 2019

Am 26. September hat der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) Mahmoud Abbas in einer Rede vor der UNO-Generalversammlung sein Versprechen, Parlamentswahlen abzuhalten, erneuert und eine internationale Präsenz zur Überwachung des Prozesses gefordert. Seit Anfang des Jahres spricht Abbas sporadisch über Wahlen, wobei viele seiner Kritiker argumentieren, dass dies ein Lippenbekenntnis und ein Versuch sei, auf die Stimmen zu reagieren, die eine Demokratisierung in den besetzten Gebieten von 1967 fordern. Tatsächlich stand Abbas, als er 2005 Präsident wurde, zunächst eine vierjährige Amtszeit als Präsident zur Verfügung. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels hat er sein Wahlmandat um ein Jahrzehnt überschritten, und sein Regieren durch Präsidialdekrete sowie der zunehmende Autoritarismus der PA hat viele Zweifel an seiner Aufrichtigkeit für echte Demokratie aufkommen lassen.

Während Wahlen als ein wichtiger demokratischer Prozess erscheinen mögen, wird hier argumentiert, dass im Falle des Westjordanlands und des Gazastreifens Wahlen innerhalb des aktuellen Status quo eigentlich ein Widerspruch zur Demokratie wären.

Viele argumentieren, dass die Wahlaufufe ein Versuch für die PA sind, ihre Legitimität zu erneuern, zu einer Zeit, in der ihre Zustimmungsraten fast im Boden liegen und ihre Position auf der globalen diplomatischen Bühne die verletzlichste ist, die sie je hatte. Sicherlich ist der interne und externe Druck für einen Wahlprozess auf einem Allzeithoch. Doch während die internationalen Akteure darauf bedacht sind, dass die Wahlen so schnell wie möglich stattfinden, haben verschiedene palästinensische politische Fraktionen Abbas aufgefordert, ein nationales Treffen abzuhalten, um sich vor der Festlegung des Wahltermins auf eine Reihe von Themen zu einigen.

Abbas hat jedoch bisher die Forderung nach einem nationalen Treffen vor der Ankündigung von Parlamentswahlen abgelehnt und wird wahrscheinlich paradoxerweise die Wahlen per Präsidialerlass durchführen. Entscheidend und für viele innerhalb der Fatah überraschend ist, dass die Hamas sowohl Parlaments- als auch Präsidentschaftswahlen befürwortet hat. Das verbleibende Hindernis bleibt die Frage der Umsetzung von Wahlen in Ostjerusalem.

Abbas hat bereits früher erklärt, dass die Wahlen nur stattfinden würden, wenn auch die palästinensische Hauptstadt einbezogen würde, und tatsächlich hat die PA einen offiziellen Antrag gestellt, damit die israelischen Behörden dies erlauben. Es gibt noch keine offizielle Antwort der Israelis, aber im Allgemeinen unterdrücken sie die politischen Aktivitäten der PA in Jerusalem mit dem Argument,

dass das Osloer Interimsabkommen dies verbiete. Die Repressalien der politischen Aktivitäten geht über die PA hinaus und umfasst die Verhaftung von politischen Persönlichkeiten und Aktivisten sowie die Schließung palästinensischer Kulturinstitutionen. **Es ist unwahrscheinlich, dass irgendeine israelische Regierung die Abhaltung palästinensischer Wahlen in Jerusalem zulassen würde, dies würde die legitime palästinensische Präsenz in der Stadt anerkennen und damit den israelischen Souveränitätsanspruch über die gesamte Stadt in Frage stellen. Abbas und andere Beamte, darunter Saeb Erekat, haben deutlich gemacht, dass die Jerusalemfrage die Wahlen insgesamt verhindern könnte.** Doch während all diese politischen Dramen ablaufen, bleibt die breitere Diskussion über die palästinensische Demokratie überschattet. Während Wahlen als ein wichtiger demokratischer Prozess erscheinen mögen, wird hier argumentiert, dass im Falle des Westjordanlands und des Gazastreifens Wahlen innerhalb des aktuellen Status quo eigentlich ein Widerspruch zur Demokratie wären. Tatsächlich würden sie lediglich ein System stützen, das keinen demokratischen Raum zulässt, es würde aber nicht wirklich versucht, eine demokratische und repräsentative Führung hervorzubringen.

Es ist angemessen, hier zu diskutieren, was mit Demokratie und demokratischer Praxis jenseits der traditionellen Bilder des antiken Griechenlands gemeint ist. Demokratie wird gewöhnlich als eine Form der Regierung definiert, bei der es eine repräsentative und rechenschaftspflichtige Führung gibt. Schmitter und Karl definieren sie wie folgt:

„Die moderne politische Demokratie ist ein Regierungssystem, in dem die Herrschenden von den Bürgern für ihre Handlungen im öffentlichen Bereich zur Rechenschaft gezogen werden, indem sie indirekt durch den Wettbewerb und die Zusammenarbeit ihrer gewählten Vertreter handeln. Insbesondere zeigt die Staatsbürgerschaft, wer teilnehmen kann und wer nicht. Es gibt viele Arten von Demokratien mit unterschiedlichen Praktiken je nach Land oder dem sozialen, politischen und wirtschaftlichen Hintergrund des Staates. Sozialistische Ansätze der Demokratie verstehen sich unter dem Gesichtspunkt der Regulierung und des kollektiven Eigentums, während liberale Ansätze „dafür eintreten, den öffentlichen Bereich so eng wie möglich zu definieren“. Wichtig ist, dass von Demokratien erwartet wird, dass sie die demokratische Praxis (einschließlich der politischen Pluralität) in allen Bereichen der Gesellschaft und nicht nur in den staatlichen Institutionen fördern.“

Dies ist ein wichtiger Punkt, denn es existiert eine gefährliche Annahme bei vielen (insbesondere im Fall der Westbank und des Gazastreifens), dass Wahlen mit Demokratie gleichsetzbar seien. Dies ist nicht der Fall, während Wahlen eine sehr technische Praxis sind, können sie sehr gut das Produkt eines sinnvollen demokratischen Prozesses und einer demokratischen Kultur sein, aber auch Teil einer Gesellschaft, in der demokratische Merkmale fehlen oder überhaupt nicht vorhanden sind. Tatsächlich müssen demokratische Wahlen Teil eines Konzepts sein, in dem Demokratie in der gesamten Gesellschaft existiert und in dem politische Pluralität akzeptiert und gefördert wird. Ein kurzer Überblick über das Westjordanland und den Gaza-Streifen zeigt, dass dies nicht der Fall ist, in Wirklichkeit gibt es zwei Behörden, die unter einer zunehmend autoritären Regierung arbeiten.

Ein historischer Überblick über die palästinensische politische Führung und die demokratische Praxis

Die Palästinenser hatten nie einen wirklich von externen Interventionen freien Raum, um Demokratie zu praktizieren. Vom britischen Mandat bis zum Staat Israel haben beide Kolonialregime repressive

Maßnahmen gegen die palästinensische Politik und demokratische Äußerungen verhängt. Die Palästinenser haben trotz der repressiven Umstände dennoch konsequent versucht, ihre politische Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Die Übernahme der PLO durch die Fatah 1969 war eine der ersten großen palästinensischen Übungen demokratischen Handelns. Die PLO war von den arabischen Staaten weitgehend in dem Versuch gegründet worden, den palästinensischen Befreiungskampf zu vereinnahmen. Die Übernahme brachte eine Ära des politischen Pluralismus und integrierte nicht nur politische Parteien, sondern auch Gewerkschaften und verschiedene andere Gruppen. Während die demokratische Praxis zunahm, gab es gleichzeitig Probleme mit Top-Down-Methoden zur Bestätigung von Vertretern sowie eine Überrepräsentation der Diaspora-Eliten. **Diese reformierte PLO, die vom Vorsitzenden Yasser Arafat geleitet wurde, wurde vom Staat Israel als ernsthafte Bedrohung angesehen, und es gab hartnäckige Versuche, sie zu marginalisieren und zu untergraben. So wurden beispielsweise 1976 von den israelischen Behörden Kommunalwahlen im gesamten Westjordanland angeordnet, um autonome Verwaltungsgebiete zu schaffen, die direkt mit den Besatzungsbehörden verhandeln sollten. Die israelische Besatzungsverwaltung hoffte, lokale Führer aufzubauen, die die Autorität der PLO (die sich noch im Exil befand) als Vertreter der Palästinenser ersetzen und untergraben würden. Ein Wochenmagazin namens *Al Hadaaf* [Das Ziel] stellte fest, dass das israelische Regime den Palästinensern eine Fassade der Autonomie im Gefüge des israelischen Staates gebe.** Doch diese Wahlen bewirkten das Gegenteil von dem, was das israelische Regime erhofft hatte, sie beobachteten die Wahl von PLO-freundlichen Repräsentanten, die ihre Legitimität in den Augen der Menschen vor Ort im Westjordanland und im Gazastreifen festigten.

Die palästinensische politische Demokratie erreichte ihren Höhepunkt in den 1980er und frühen 1990er Jahren während der ersten *Intifada*. George Bisharat beschreibt sie wie folgt: „Die demokratischste Bewegung des palästinensischen Volkes - ein wahrer Aufschwung von Graswurzelstimmung und Aktivismus, der die politische Initiative vorübergehend aus den Händen der Diaspora-Ältesten und politischen Mittelsmänner in die Hände einer jugendlichen, dezentralisierten Führung in der Westbank und im Gazastreifen verlagerte. Tatsächlich stellten verschiedene Gewerkschaften, Studentengruppen, Kooperativen und Volkskomitees einen revolutionären Konsens her, um eine ‚Volksautorität‘ zu bilden. Linda Tabar erklärt, dass sich diese ‚palästinensische Volksmacht auf die Schaffung neuer Strukturen konzentrierte, die eine Alternative zu kapitalistischer wirtschaftlicher Ausbeutung und patriarchaler Dominanz bieten könnten‘. Die erste Intifada war auch eine Zeit, in der Frauen sich ihren Weg in politische und Räume der Bewegung erstritten, die zuvor von Männern beherrscht worden waren. Doch während diese Periode vielversprechende Anzeichen einer praktizierten revolutionären Demokratie zeigte, löste sich diese mit dem Beginn des Oslo-Abkommens schnell auf. Die Niederschlagung der ersten *Intifada* und der Beginn von Verhandlungen zwischen der PLO und Israel leiteten einen Prozess der Entpolitisierung und Entdemokratisierung des palästinensischen Kampfes ein.“

Mit Oslo wurde die PA gegründet, die als Übergangsregierung dienen sollte, während die Grundlagen eines palästinensischen Staates gelegt werden sollten. In der Zwischenzeit überschwemmten Hilfgelder das Westjordanland und den Gaza-Streifen unter der Bedingung des Aufbaus von Institutionen und der Förderung der Demokratie. Doch der Fokus auf die Verfestigung neoliberaler Politik und die Stärkung des Sicherheitsapparates enthüllt nicht nur eine tief verwurzelte Geber-Agenda, sondern

auch das, was Leila Farsakh als einen „Entdemokratisierungsprozess“ beschreibt. Farsakh argumentiert, dass dies das Ergebnis der bewussten Abseitsstellung von „politischen Parteien, parlamentarischen Institutionen, Gewerkschaften (und) Volkskomitees“ zugunsten von NGOs ist, sowie den Bestrebungen einer „neoliberalen Agenda, die den Markt zum zentralen Agenten des Wandels macht“ ist.

Die internationale und Fördererpriorität der PA im Gegensatz zur PLO sowie interne politische Faktoren, die zur Marginalisierung der PLO beitrugen, führten dazu, dass erstere die PLO verdrängte. Doch im Gegensatz zur Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), die als Vertreterin des palästinensischen Volkes in all seinen geographischen, sozialen und politischen Fragmenten die Legitimität des Volkes erlangte, ist die PA nur für die palästinensische Bevölkerung in der Westbank und im Gazastreifen zuständig. Mit anderen Worten, die Gründung der PA führte zu einer bewussten Beschränkung Palästinas und der Palästinenser auf die Westbank und den Gaza-Streifen. Fatas Kontrolle über die PA verstärkte nur das Gefühl der Entrechtung, zusätzlich zu der Misswirtschaft und der Korruption, die nur noch schlimmer zu werden schienen. Die Reaktion darauf war der erdrutschartige Wahlsieg der Hamas bei den Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat im Jahr 2006.

Die Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen brachten ihre Unzufriedenheit mit dem herrschenden Regime über die Wahlurnen zum Ausdruck. Dieser Standpunkt wurde bald von der internationalen Gemeinschaft abgelehnt, die Sanktionen gegen die Palästinensische Autonomiebehörde verhängte, die die Aussetzung der Hilfe für die Palästinenser einschlossen.

In der Folge kam es zu Kämpfen zwischen der Fatah und dem Gazastreifen, die schließlich zur Vertreibung der Fatah und zur militärischen Belagerung des Küstenstreifens führten, die bis heute andauert. Der Raum für demokratische und politische Praxis in der Westbank und im Gazastreifen ist seitdem geschrumpft. Die Monopolstellung der Fatah über die PA und die PLO in der Westbank (und durch die Hamas im Gaza-Streifen), sowie die Konsolidierung der Macht durch Abbas und seine engsten Verbündeten hat ein Einparteiensystem verfestigt. Um diese Konsolidierung der Macht aufrechtzuerhalten, wurde die PA zunehmend autoritär, indem sie häufig die politische Opposition, einschließlich Journalisten und Studentenaktivisten, unterdrückt hat. Neben lokalen Menschenrechtsorganisationen, die darüber berichten, hat *Human Rights Watch* einen Bericht über die palästinensischen Behörden veröffentlicht, in dem Folgendes festgestellt wird:

„...in den letzten Jahren wurden zahlreiche willkürliche Verhaftungen wegen friedlicher Kritik an den Behörden, insbesondere in den sozialen Medien, bei unabhängigen Journalisten, auf dem Universitätsgelände und bei Demonstrationen vorgenommen. Als sich die Fehde zwischen Fatah und Hamas trotz Versöhnungsversuchen vertiefte, haben die Sicherheitsdienste der PA gezielt Anhänger der Hamas ins Visier genommen und umgekehrt. Die PA und die Hamas stützen sich vor allem auf allzu weite Gesetzesspielräume, die Aktivitäten wie das Verursachen von ‚sektiererischen Unfrieden‘ oder die Beleidigung ‚höherer Autoritäten‘ kriminalisieren, und nutzen die Haft, um Kritiker zu bestrafen und sie von weiteren Aktivitäten abzuschrecken.“

Auch die Kriminalisierung anderer politischer Parteien durch die internationale Gemeinschaft, wie z.B. der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), hat zur allgemeinen Atmosphäre der politischen Repression beigetragen. Vor diesem Hintergrund des begrenzten demokratischen und politischen Spielraums müssen wir über Wahlen in der Westbank und im Gazastreifen nachdenken.

Die Wahlen könnten in technisch freier und fairer Weise organisiert und abgehalten werden, wobei die Maßstäbe der internationalen Beobachter und Standards (die von Abbas auf der UN-Generalversammlung gefordert wurden) eingehalten werden müssten. Der Mangel an politischem Wettbewerb und Pluralität bedeutet jedoch, dass sie nicht die wahre und sinnvolle demokratische Praxis widerspiegeln würden. Tariq Da'na schreibt darüber, wie ein sinnvoller Wahlprozess in der Westbank und im Gazastreifen aussehen würde, und kommentiert dies:

„Damit der Wahlprozess sinnvoll und produktiv ist, muss er in einem förderlichen Umfeld stattfinden, in dem grundlegende demokratische Kriterien in die Struktur der nationalen Institutionen, das politische Parteiensystem, die Zivilgesellschaft, das Bildungssystem und den allgemeinen kulturellen Rahmen integriert sind. **Die Reaktion auf die Wahlen von 2006 hat für viele Palästinenser gezeigt, was passiert, wenn sie sich für eine Führung entscheiden, die die politische Agenda des israelischen Regimes und der internationalen Gebergemeinschaft in Frage stellt.** Darüber hinaus führte das Nachspiel zu einer scheinbar undurchdringlichen Spaltung zwischen Hamas und Fatah, die bis heute anhält. Der Prozess der Wahlen ohne Versöhnung wird beiden Seiten nur die Möglichkeit geben, sich gegenseitig die Schuld für ihre Versäumnisse zuzuschieben, so dass es nicht überrascht, dass es wenig Vertrauen in einen Wahlprozess gibt. Dies erfordert, dass wir darüber nachdenken, welche Art von Demokratie unter der Besatzung möglich ist. **Das israelische Regime hat immer wieder demonstriert, dass es palästinensische Demokratie, die die Besatzung und den Status quo, der sich auf eine untergeordnete palästinensische Führung stützt, herausfordern, vernichten wird.** Darüber hinaus ist in diesem Zusammenhang klar, dass die Palästinensische Autonomiebehörde weder die palästinensische Befreiung erreichen wird, noch in der Lage sein wird, irgendeine Art von palästinensischer Souveränität zu erlangen.“

Die einzige Möglichkeit für eine sinnvolle Demokratie für PalästinenserInnen ist die Rückkehr zu einem revolutionären Konsens, der aus der Pluralität und Versöhnung politischer Gruppen, geographischer Fragmente und Kollektive erreicht wurde, die sich um eine politische Agenda der Befreiung herum mobilisieren. Ohne die Vergangenheit zu romantisieren oder zu idealisieren, müssen die Palästinenser auf kollektiven Erfahrungen mit demokratischem Ausdruck und Praktiken aufbauen, die über den derzeit begrenzten Rahmen von Wahlen hinausgehen.

Yara Hawari ist Senior Palestine Policy Fellow bei Al-Shabaka: The Palestinian Policy Network. Sie hat an der Universität von Exeter in Nahost-Politik promoviert. Ihre Forschung konzentrierte sich auf Oral-History-Projekte und Erinnerungspolitik, die auf der Grundlage von Indigenen Studien erweitert wurden. Yara lehrte in verschiedenen Studienkursen an der Universität Exeter und arbeitet als freie Journalistin. Sie publiziert für verschiedene Medien, darunter Al Jazeera English, Middle East Eye und The Independent.

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

<http://www.rosaluxemburg.ps/wp-content/uploads/2019/12/Democracy-in-the-West-bank-and-Gaza.-Not-just-elections.pdf>